

Wie deutsche Antifaschisten am 11. Mai 1945 die örtliche Macht übernahmen

Niemandsland Schwarzenberg – die unbesetzte Zone

Über den Rundfunk wurde die bedingungslose Kapitulation der deutschen Faschisten bekanntgegeben. Doch es zeigten sich bei uns keine Soldaten der Siegermächte. Allein auf dem Territorium der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg fehlte es an Besatzungstruppen. Die noch immer illegalen Zusammenkünfte antifaschistischer Kräfte, die sich zu Zeiten des auf ein Jahrtausend ausgelegten, aber nur 12 Jahre währenden 3. Reiches regelmäßig in den Wäldern um das Bauerndorf Bermesgrün getroffen hatten, beschäftigten sich nun mit Vorbereitungen zur raschen Auflösung und Amtsenthebung der örtlichen braunen Machtregien. Die Männer und Frauen des Widerstandes waren sich darin einig, selbst Hand anzulegen, sollte von außen keine Befreiung erfolgen. Ihre Treffen waren allerdings nach wie vor nicht ungefährlich: In der Umgebung von Bermesgrün und Schwarzenberg hatten sich nun führungslose Angehörige der Hitlerwehrmacht, versprengte SS-Einheiten und Gruppen des zu Terrorzwecken formierten „Wewolfs“ festgesetzt. Raubzüge und Plünderungen in Ortschaften der Umgebung waren an der Tagesordnung. Hinzu kam, daß die 9. Armee unter Generalfeldmarschall Schörner ihren Hauptgefechtsstand ausgerechnet in die Erzgebirgswälder zwischen Schwarzenberg und Sosa verlegt hatte. Schwarzenbergs Ratskeller wurde eilends in eine Wehrmachtskommandantur der Heeresgruppe Mitte umgewandelt. Der Nazi-Bürgermeister Rietzsch und Hitlers „Feldherr“ Schörner richteten sie ein. Das geschah allerdings nicht aus rein militärischen Erwägungen. Beide wollten vom Erzgebirge über die Tschechoslowakei in den Bereich der westalliierten Truppen gelangen. Den gut getarnten Treff der Antifaschisten am Davidfelsen kannte indes außer den Eingeweihten niemand. So waren sie während ihrer Zusammenkünfte verhältnismäßig sicher.

In den Abendstunden des 11. Mai 1945 betraten die Nazigegner gemeinsam das Schwarzenberger Rathaus, setzten sich dort fest und übernahmen so die lokale Macht. Treue Mitkämpfer aus der einheimischen Arbeiterschaft, welche die Genossen zu deren Schutz und Unterstützung begleiteten, wurden an Ort und Stelle bewaffnet. Der Nazibonze Rietzsch hatte nämlich im Rathaus Waffen gehortet, um den Volkssturm der letzten Stunde damit auszurüsten. Doch dieser

Coup der Faschisten zum weiteren Machterhalt wurde durchkreuzt. Am 12. Mai jagte man Rietzsch aus dem Amt. Er wurde nicht verhaftet, sondern in Hausarrest entlassen. Es war bereits tiefe Nacht, als sich der Antifaschistische Aktionsausschuß konstituierte. Willy Irmisch (KPD) wurde als kommissari-



Blick auf Schwarzenberg

scher 1. Bürgermeister der Stadt eingesetzt. Willy Krause (KPD) übertrug man die Funktion seines Stellvertreters, während Hermann Schlemmer (SPD) die Aufgabe erhielt, eine von faschistischen Elementen freie Schutzpolizei aufzubauen. Helene Papst, später verheiratete



Erinnerungstafel am Rathaus der Stadt

Scheffler (KPD) war für Ernährungsfragen zuständig, Paul Korb (KPD) wurde zum Leiter der städtischen Polizei berufen, und Georg Schieck (SPD) gehörte dem Aktionsausschuß als Mitglied für besondere Aufgaben an. Überdies gab es trotz der widrigen Umstände eine Reihe von Bürgern, die sich spontan zur Mitarbeit bereiterklärten. Kurt Löffler übernahm die Verantwortung dafür, den Betrieb des Hauptpostamtes aufrechtzuerhalten, Emil

May kümmerte sich um das Elektrizitätswerk, Fritz Blechschmidt um die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs, und Herr Dr. Freudewald widmete sich Fragen der Krankenversorgung und Medikamentenbeschaffung.

Der Aktionsausschuß beriet zunächst über den tatsächlichen Zustand der Stadt und die katastrophale Lage auf allen Gebieten der Daseinsvorsorge für die Bürger. Erschreckendes bot sich den Aktivisten der ersten Stunde, die ganz überwiegend aus dem einfachen Volk kamen, aber willens waren, ihre Kräfte nahezu überfordernde Aufgaben in Angriff zu nehmen. Was stand da nicht alles im Raum? Zunächst befaßten sich die Mitglieder des Aktionsausschusses damit, einen Katalog der wichtigsten und vordringlichsten Schritte zu erarbeiten. Und das alles ohne jegliche Verbindung zur Außenwelt!

Vor allem ging es der tapferen Schar um die Entfernung aller Nazis aus leitenden Positionen und die Besetzung dieser Stellen mit Antifaschisten.

Nicht minder wichtig war die Organisation der Lebensmittelversorgung im Rahmen des Möglichen und die Wiederaufnahme der Produktion. Die Beschaffung von Nahrungsgütern, deren Vorräte rapide zur Neige gingen, mußte in landwirtschaftlichen Gebieten der Umgebung versucht werden.

Dazu waren Tauschobjekte vonnöten, die nur produzierende Betriebe zur Verfügung stellen konnten. Das Aufspüren illegaler Lebensmittellager und gehorteter Versorgungsartikel, die zu beschlagnahmen waren, sowie die Stabilisierung der Versorgung mit Elektroenergie und Gas, wofür notwendige Grundstoffe beschafft werden mußten, besaßen Vorrang. Hinzu kamen nicht minder wichtige Aufgaben wie die Brennstoffbelieferung der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung des Eisenbahn- und Postverkehrs, elementarste Krankenversorgung und Medikamentenbeschaffung.

Überdies galt es, die Bevölkerung des Schwarzenberger Raumes vor den Umtrieben versprengter Wehrmachtssoldaten und SS-Angehöriger zu schützen sowie Plünderungen zu verhindern. Dazu bedurfte es des schrittweisen Aufbaus einer Arbeitermiliz.

Um die Gefahrensituation zu verringern, galt es allenthalben, verstreute Waffen aufzufinden und einzusammeln. Dabei ging es nicht nur um die Sicherheit der Schwarzenberger Bürger. Auf dem Bahnhof der Stadt kamen ständig versprengte, desertierte

und wegen Auflösung ihrer Einheiten ziellos umherirrende Soldaten, aber auch viele Schutzsuchende Flüchtlinge an. Alle waren verwahrlost und total ausgehungert, Schwarzenberg aber eine abgeschnittene Amtshauptmannschaft – linksseits ihres Territoriums stand die U.S. Army, rechtsseits die Rote Armee. Dazwischen gab es keinerlei Versorgung. Die Regale waren leer, die Lager ebenfalls. Den Apotheken gingen die letzten Medikamente aus, das Krankenhaus meldete Versorgungsnotstand.

Als eine schwierige, ja schier unlösbare Aufgabe gestaltete sich der Rücktransport in zahlreichen Lagern gefangengehaltener Zwangsarbeiter aus zuvor okupierten west-

europäischen Ländern. Als besonders problematisch erwies sich auch die Heimkehr Antifaschistischer Aktionsausschuß die Säuberung des Staatsapparats einschließlich

der Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal damit beauftragt, Worte des Gedenkens zu sprechen. Das nahm ich zum Anlaß für den Vorschlag, in der Nähe eines Ehrenhain anzulegen. Dort sollte ein Gedenkstein mit den Namen der Mitglieder des Aktionsausschusses an die Taten dieser beherzten Antifaschisten erinnern. Meine Idee war von der Basisgruppe der Partei Die Linke einstimmig befürwortet worden. Ein Konzept dazu wurde mit Preiskalkulation der Oberbürgermeisterin übergeben. Die unterbreitete den Vorschlag, falls der Stadtrat einen entsprechenden Beschluß fassen sollte, die Ehrung am 70. Jahrestag der Befreiung vorzunehmen. Dem stimmten wir zu. Anfang 2015 verkündete dann dieselbe Lokalpolitikerin plötzlich den Gedanken, auf einen Stein zu verzichten und statt dessen eine Broschüre herauszubringen. Aus dieser wurde am Ende ein Flyer. Übrigens schäme ich mich für dieses Papier, das einer Würdigung der Leistungen des Antifaschistischen Ausschusses und aller damaligen Akteure keinesfalls gerecht wird.

P. S.: Noch eine unerläßliche Schlußbemerkung: Die verbreitete Vorstellung, 1945 habe es sich um eine Freie Republik Schwarzenberg gehandelt, beruht auf schriftstellerischer Eingebung. Stefan Heym erfand sie mit dem Recht auf dichterische Freiheit für seinen unsere Stadt in den Mittelpunkt stellenden Roman. Er machte sie damit zwar in aller Welt bekannt und lieferte der Werbeindustrie eine wirksame Vorlage, trug damit aber den Tatsachen nicht Rechnung.

Der Aktionsausschuß gelangte zu dem Ergebnis, notwendigenfalls im unbesetzten Gebiet ein Schwarzenberger Notgeld einzuführen. Auch die Emission von Briefmarken wurde ins Auge gefaßt. Überdies war man sich völlig darin einig, ohne Zeitverlust mit der nächstgelegenen sowjetischen Militärkommandantur in Annaberg-Buchholz Verbindung aufzunehmen. Doch noch sechs Wochen zähester Arbeit sollten vergehen, bis Ende Juni die Rote Armee in Schwarzenberg einrückte, eine Kommandantur errichtete und so den 42 Tagen ohne jegliche Besatzung ein Ende bereitete. Zu dieser Zeit hatte der



Karte vom unbesetzten Gebiet der damaligen Amtshauptmannschaft Schwarzenberg



Das sowjetische Ehrenmal in Schwarzenberg

des Bildungssektors bereits abgeschlossen. Doch noch immer war die Versorgungslage katastrophal. Für einen ganzen Monat hatte man die Ausgabe von 100 g Fleisch (!) aufrufen können. Kaffee-Ersatz und Marmelade

kamen nur soweit vorhanden zur Verteilung, statt Kartoffeln erhielten die Familien Trockenrübenschnitzel.

Als der Aktionsausschuß die Geschäfte an die sowjetische Militärkommandantur übergab, hatte er gewaltige, ja oftmals nicht zu bewältigende und täglich neu auf ihn zukommende Aufgaben zum Wohle der Bürger der Stadt und des Umlands besonnen zu lösen vermocht. Leben und Gesundheit hintenan stellend, vollbrachte eine Handvoll Genossen wahrlich Übermenschliches. Diese Leistung von Kommunisten und Sozialdemokraten verdient höchste Anerkennung.

Am 8. Mai 2012, der 67. Wiederkehr des Tages der Befreiung, war ich bei

der Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal damit beauftragt, Worte des Gedenkens zu sprechen. Das nahm ich zum Anlaß für den Vorschlag, in der Nähe eines Ehrenhain anzulegen. Dort sollte ein Gedenkstein mit den Namen der Mitglieder des Aktionsausschusses an die Taten dieser beherzten Antifaschisten erinnern. Meine Idee war von der Basisgruppe der Partei Die Linke einstimmig befürwortet worden. Ein Konzept dazu wurde mit Preiskalkulation der Oberbürgermeisterin übergeben. Die unterbreitete den Vorschlag, falls der Stadtrat einen entsprechenden Beschluß fassen sollte, die Ehrung am 70. Jahrestag der Befreiung vorzunehmen. Dem stimmten wir zu. Anfang 2015 verkündete dann dieselbe Lokalpolitikerin plötzlich den Gedanken, auf einen Stein zu verzichten und statt dessen eine Broschüre herauszubringen. Aus dieser wurde am Ende ein Flyer. Übrigens schäme ich mich für dieses Papier, das einer Würdigung der Leistungen des Antifaschistischen Ausschusses und aller damaligen Akteure keinesfalls gerecht wird.

Klaus Glaser, Schwarzenberg

Ein weltmachtbessenes Imperium deckt seine Karten auf

Zur Nationalen Sicherheitsstrategie der USA

Im Februar 2015 wurde die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA fast unbemerkt von den Mainstream-Medien verkündet. Dabei handelt es sich um eine Aufzählung von Wunschvorstellungen und Absichten des Präsidenten, des Außenministeriums, des Pentagons und anderer Machtzentren der Vereinigten Staaten, von denen die vermeintlichen Bedrohungen der Sicherheit der USA und die Prinzipien des Schutzes der nationalen Interessen im In- und Ausland behandelt werden. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Behauptung der Weltführerschaft Washingtons. Diese US-Strategie wird zur Aufbesserung des durch die verheerenden Kriege und blutigen „Revolutionen“ untergrabenen Images des Landes, aber auch zur Abrichtung der Medien genutzt. Neben der angeführten gibt es eine neue Nationale Militärstrategie der USA (vom Juli 2015) und eine US-Nuklearstrategie in Überarbeitung, die als Umsetzung und Untersetzung der generellen Strategie zu verstehen sind. Alle diese Strategien der USA stellen Antworten auf die Doktrinen bzw. Strategien Rußlands und Chinas dar, die ihrerseits auf den von den USA proklamierten unilateralen Weltherrschaftsanspruch reagierten. Die Formulierungen in den US-Strategien sind oftmals oberflächlich, irreführend und sogar falsch, selbstüberschätzend und bisweilen ideologisch überfrachtet. Nicht selten werden Phantasieziele formuliert, wie z. B. „die Demokratisierung des Nahen Ostens“, „die Vernichtung des Terrorismus“ u. a. Bei der Bewertung sämtlicher US-Strategien sind Freund wie Feind gut beraten, alle Formulierungen unbedingt zu hinterfragen. Die von den USA bisher präsentierten Kriegslügen und andere Erfindungen sowie mediales Aufbauschen und Täuschungsmanöver sollten Mahnung genug sein.

Folgende aktuelle Schlüsseltendenzen globaler Art wurden der Ausarbeitung der Strategie zugrunde gelegt:

- Die gravierende Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Großmächten, was zu einer intensiven Beobachtung der G 20 durch die USA führt;

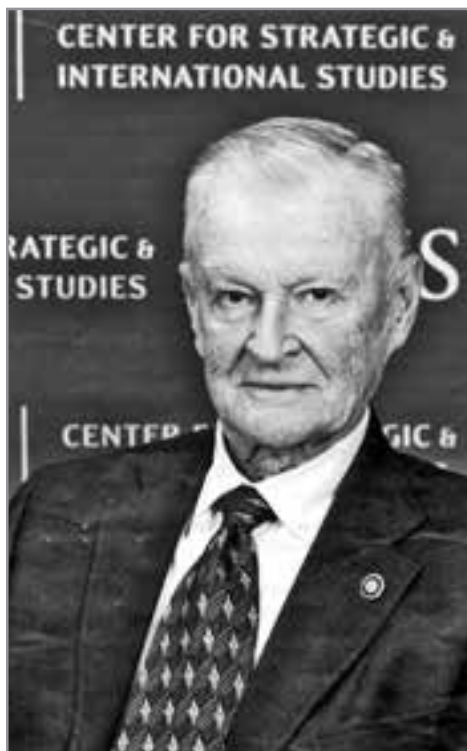
- die Zunahme der Schwäche und Instabilität in Europa, Asien und im Nahen Osten, deren Ursachen uneffektive Regierungen und wachsende Ansprüche der Menschen sein sollen;

- das Anwachsen der wechselseitigen ökonomischen, technologischen und politischen Abhängigkeiten in der heutigen Welt, die einerseits das ökonomische Wachstum befördern, andererseits aber die Staaten den verschiedensten Bedrohungen aussetzen;

- die Zunahme der Instabilität im Nahen Osten, hervorgerufen durch den Überfall auf Irak und die Varianten des „Arabischen Frühlings“ in maßgeblicher Regie der USA, die langfristig als die Quelle für Bedrohungen wie islamistischer Radikalismus,

Konflikte und Kriege, einschließlich Bürgerkriege, angesehen werden;

- die dynamische Veränderung auf dem Welt-Energie-Markt, bei der die USA die Führung



Zbigniew Brzezinski gehört seit Jahrzehnten zu den strategischen Hauptplanern in Washington.

der Erdöl- und Erdgaserzeugung durch ihre zeitweisen Fracking-Erfolge übernahmen, ohne den Einfluß auf die Preisbildung verlieren zu wollen, um die Energiefrage zur politischen Einflußnahme zu nutzen; dafür wird Rußland durch den Westen gemäßregelt.

Als Begründung der Sicherheitsstrategie Washingtons und zur Aufzählung der akuten Bedrohungen dient die folgende Formulierung des US-Präsidenten: „Ein



Gott segne Amerika!

hartnäckiger Extremismus und die stärker werdenden terroristischen Bedrohungen schaffen handfeste Risiken für Überfälle auf die USA und unsere Verbündeten; als Bedrohungen der globalen Sicherheit betrachten wir Cyberattacken, die Aggressionen Rußlands (Dieser Begriff taucht in dem Dokument dreizehnmal auf.) und des IS, die sich beschleunigenden Klimaveränderungen und plötzlich auftretende Infektionskrankheiten.“

Hier sollte die Frage berechtigt sein, ob denn die Kriege, die verschiedenfarbigen „Revolutionen“, die Sanktionen und die Osterweiterung der NATO nicht Ausdruck gerade der Aggressivität der USA, ihrer Verbündeten, Partner und Willigen sind.

„Wir haben unsere Allianzen“, so Präsident Obama weiter, „vor allem in Europa und in Asien erneuert. Als Gespann mit unseren europäischen Partnern handelnd, realisieren wir, bei Bedrohung unserer Kerninteressen, verlustbringende Sanktionen gegen Rußland, ... um das Land von weiteren Aggressionen abzuhalten.“

Wer hat den USA dazu das Recht erteilt? Etwa die UNO?

Barack Obama unterstrich, daß die Ressourcen der USA trotz begrenzter finanzieller Mittel fortan auf Asien und den Pazifikraum, auf den Nahen Osten und auf die Entwicklung von konventionellen Präzisionswaffen sowie Kernwaffen einer neuen Generation konzentriert werden sollen. „Mit Indien wollen wir das vorhandene Potential gemeinsam heben. Der Maßstab unserer Zusammenarbeit mit China ist unvergleichbar, jedoch gibt es Vorbehalte Amerikas gegenüber der Modernisierung der chinesischen Armee.“

Ich könnte mir vorstellen, daß es den USA in Wirklichkeit darum geht, China und Indien von einer selbstbestimmten Entwicklung (z. B. innerhalb der BRICS-Staaten) abzubringen und an ihre Kette zu legen.

Obama ging auch auf Kuba ein. Originaltext: „Wir fühlen uns der Weiterverbreitung der Demokratie, der Durchsetzung der Menschenrechte, der Schaffung neuer Koalitionen gegen die Korruption und der Unterstützung offener Regierungen und Gesellschaften verpflichtet.“ Wird da nicht gerade die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und der Sturz nicht genehmer Regimes proklamiert? Diese und weitere Aussagen des US-Präsidenten finden ihre Untersetzung in seinen Äußerungen zur strategischen Zielsetzung. Obama erklärte: „Diese Strategie der USA gibt eine Vorstellung über die Stärkung und den Ausbau der amerikanischen Führung in der Welt in diesem Jahrhundert; sie ist ausgerichtet auf das Vorantreiben der Interessen und Werte der USA aus der Position der Stärke; die USA verfügen über das Potential, jeden Gegner abzuschrecken oder zu vernichten, wenn dieser unsere Nationale Sicherheit und die der Verbündeten, Partner

und Willigen bedrohen sollte. Die USA wollen alles unternehmen, damit das nach dem 2. Weltkrieg unter ihrer Führung geschaffene internationale System weiterhin „Amerika und der ganzen Welt dient“. Dazu passen die Begriffe Realitätsschwund und Selbstüberschätzung.

Der Führungsanspruch der USA wird in der gesamten Strategie ständig untersetzt. Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, sie hätten es verdient, die Führungskraft der Welt zu sein, da sie „die internationalen Anstrengungen zur Bestrafung und Zurückdrängung Rußlands, zur Schwächung und Vernichtung des IS, zur Überwindung des Ebola-Virus und zur Unterbindung der Verbreitung von Kernwaffen mobilisiert und angeführt“ hätten. Das ist reine Hochstapelei. Die immer mehr Führungsprozesse in der Welt an sich reißen USA geben sich als globale Kraft des Guten aus und orientieren sich dabei allein auf ihre Interessen. Ihnen geht es um „eine geregelte internationale Ordnung, die sich auf die amerikanische Ordnung stützt“.

Die Aussagen zur äußeren und inneren Sicherheit bilden offensichtlich das Kernstück der Strategie. Führende Militärs der USA trafen die von ihr übernommene Feststellung, daß die U.S. Army nach dem Scheitern der traditionellen Kriegführung des Pentagons in den bewaffneten Konflikten und Aggressionen kosteneffektiver und zeitgemäßer werden müsse. Sie solle sich hauptsächlich auf die Raketenabwehrsysteme (in Europa und global), die Entwicklung und den Einsatz von konventionellen Präzisionswaffen („intelligenten Waffen“), den Einsatz von Mitteln für die Führung von Cyber- und Hybridkriegen sowie auf Spionage und den Einsatz von Spezialtruppen stützen. In der im Juli dieses Jahres vorgestellten US-Militärstrategie wurden die bisher angeführten Drohungen noch verschärft und Rußland, Iran, die KDVR und der IS zur Achse des Bösen hochstilisiert, der die Vereinigten Staaten mit allen Mitteln entgegenwirken müßten. In diesem Sinne wird als Hauptmaßnahme gegen die Weiterverbreitung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen die Erreichung von Sicherheit ohne Kernwaffen propagiert. Das hindert die USA indes keineswegs daran, selbst enorme Mittel für die Unterhaltung und Modernisierung der eigenen Nuklearwaffen einzusetzen, um so die militärstrategische Überlegenheit in bezug auf potentielle Gegner gewährleisten und gegenüber Rußland die Abkehr von der „Politik der ausbalancierten Abschreckung“ vollziehen zu können.

Auf der Sicherheitskonferenz, die im April dieses Jahres in Moskau stattfand, wurde dazu vom russischen Generalstab festgestellt, daß das nukleare Gleichgewicht durch die nichtnuklearen Hochpräzisionswaffen der USA und die angedrohte Stationierung von kernwaffenfähigen Raketensystemen in Europa außer Kraft gesetzt wird. Um diesen Effekt noch zu verstärken, sind die USA und die NATO dabei, das „Prompt Global Strike Concept“ (PGS) und die „Taktik der farbigen Revolutionen“ gegen Rußland umzusetzen. Auf Grund der begrenzten finanziellen Mittel und der gewachsenen Möglichkeiten potentieller Gegner ist in der neuen Pentagon-Strategie einschränkend fixiert, daß

die USA künftig dazu imstande sein müssen, einen Krieg siegreich zu führen und einen zweiten Gegner vom Erreichen seiner Ziele abzuhalten. Realität oder Wunschenken?

Zur Stärkung der inneren Sicherheit seien die US-Bürger vor extremistischen Ideologien zu schützen, was nur die diesbezügliche Abschottung sowie den Gesinnungsterror

tärische Allianz der Welt beschrieben, deren Verpflichtungen entsprechend Artikel V für alle Mitgliedsstaaten bindend seien. Abgeschwächt trifft das inzwischen de facto auch auf die Ukraine zu. Aus den strategischen Darlegungen zu Europa geht eindeutig hervor, daß die NATO ihren Drang nach Osten und Süden fortzusetzen



George W. Bush und Henry Kissinger trieben die US-Kriegspolitik auf die Spitze.

gegen Andersdenkende, besonders Linke, bedeuten kann. Ein weiterer Hauptaspekt der Strategie trägt die irreführende Bezeichnung „Wohlstand“, bedeutet aber „die Konturen einer neuen ökonomischen Weltordnung zu schaffen, in welcher auch künftig unsere Interessen und Werte reflektiert werden“. Von den Supergewinnen der Finanzoligarchen und internationalen Konzerne ist hier natürlich nicht die Rede. Im Originaltext heißt es weiter: „Der Zugriff auf neue Energiequellen ist einer der stärksten Anreize zur Schaffung neuer Märkte für amerikanische Technologien und Investitionen. Wir treten für umfassendes ökonomisches Wachstum ein, welches die Nachfrage nach amerikanischem Export schafft. Wir treten gegen solche sich entwickelnden Kräfte auf – vom Staatskapitalismus bis zum Versuch des Lebens auf fremde Kosten –, die den Markt sprengen wollen.“ Das Strategiepapier befaßt sich „mit den amerikanischen Werten, welche die allgemeinen Werte reflektieren und die wir in der ganzen Welt verteidigen“.

Ein weiterer Abschnitt gilt der internationalen Ordnung, welche die Vereinigten Staaten nach ihrem Gusto ausbauen und führen wollen, wobei sie sich als einzig möglichen Weltenlenker und -verbesserer darstellen. Ihre Herrschaft soll durch ein globales Ordnungs- und Finanzsystem sowie durch ein weltweites militärisches Stützpunktsystem und durch die NATO, aber auch durch Garantien wie gleiche Medieninhalte in den Staaten ihres Einflßbereichs gesichert werden.

Die NATO wird von den USA als stärkste und sich ständig erweiternde politisch-mili-

gedenkt. Die aus Neokonservativen und Vertretern des Pentagons bestehende Kriegsfraktion der USA vertritt bei Anhörungen im Kongreß offen die Meinung, daß ein möglicher großer Krieg nicht auf dem Boden der USA, sondern in Europa stattfinden werde. George Friedman von Stratfor, einem US-Unternehmen für strategische Studien, äußerte, daß eine Vereinigung der Kräfte Deutschlands und Rußlands nicht zugelassen werden dürfe, da beide Staaten zusammen eine ernsthafte Bedrohung für die USA darstellen würden. Diese käme aus Rußland, weshalb von den NATO-Mächten eine Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben und militärischen Anstrengungen sowie der Ausbau von sechs osteuropäischen Staaten zu einer Front an Rußlands Grenzen erfolgen müsse. Der BRD ist dabei die Rolle eines global agierenden regionalen Hegemons zugeordnet, was man in dem aktuellen Dokument „Neue Macht, neue Verantwortung“ nachlesen kann. Europa müsse der wichtigste geostrategische Brückenkopf der USA bleiben, der besonders im Osten des Kontinents weiter ausgebaut werden solle.

Diese Aussagen dürften auch dem letzten vor Augen führen, daß die USA kein friedliebender Staat, sondern ein auf militärische Überlegenheit setzendes machtbesessenes und aggressives Imperium sind. Daran ändert der formell eher lockere Stil, in dem die neue Nationale Sicherheitsstrategie Washingtons gehalten ist, keinen Deut.

Oberst a. D. Dr. hc. Gerhard Giese, Strausberg